

**Glimpfliche konjunkturelle Landung 2001. Allmählich beschleunigt zunehmendes Wirtschaftswachstum 2002. Leichte Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Expansion 2003. Geld- und Finanzpolitik stimulieren die Konjunktur 2002. 2003 kaum noch Impulse von der Wirtschaftspolitik bei nur zögerlich verfolgtem finanzpolitischen Konsolidierungskurs. Schleppe Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt etwa ab Spätsommer 2002. Ab Anfang 2002 35-Stunden-Wochen auch in Kleinbetrieben. Moderater Preisanstieg. Leistungsbilanz weiterhin mit Überschüssen.**

Wie seit langem nicht mehr, wurde das politische und soziale Umfeld 2002 von Wahlen geprägt. Sowohl der Staatspräsident als auch die Abgeordneten der Nationalversammlung wurden neu gewählt. Da in beiden Fällen das bürgerliche Lager gewann, ging auch die jahrelange Cohabitation zwischen politisch unterschiedlich ausgerichteten Staatschefs und Premierministern zu Ende. Die schon in den vergangenen Jahren gestiegene Streiktätigkeit hat im Laufe dieses Jahres ein beachtliches Niveau erreicht. Ein kürzlich erfolgter Versuch den Stabilitätspakt (Maastricht II) zugunsten einer stärker wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik aufzuweichen, sorgte bei EU-Partnern für Irritationen.

Die Gleichzeitigkeit der Wahlen des Präsidenten der Republik und zur Nationalversammlung gaben dem Jahr 2002 eine herausgehobene politische Bedeutung. Obwohl der Wahlkampf bereits 1999 mit den Wahlen zum Europäischen Parlament begonnen hatte, blieb bis zuletzt unklar, wie die Ergebnisse aussehen würden, zumal die Kommunalwahlen vom März 2001 unentschieden ausgingen.

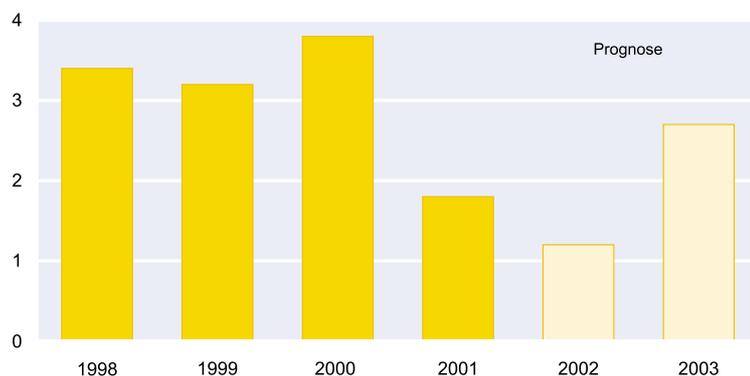
Aus der im April und Mai erfolgten Wahl des Staatspräsidenten ging der bisherige Amtsinhaber Jacques Chirac als Sieger hervor. Sein in der Stichwahl überzeugendes Ergebnis verdankte er jedoch dem Dilemma, in welches das linke Lager durch das eigene schlechte Abschneiden und den überraschend hohen Stimmenanteil des rechtsgerichteten Vorsitzenden des Front National (FN) gebracht worden war. Die Ergebnisse des ersten Wahlgangs sahen überraschend Chirac mit beschämenden 19,7% der Stimmen vor Le Pen (FN) mit 17%. Knapp abgeschlagen mit blamablen 16,1% schied Minister-

präsident Lionel Jospin aus dem Rennen um die Präsidentschaft, erklärte seinen Rückzug aus dem politischen Leben und demissionierte sofort. Ursache seines Debakels ist die Zersplitterung der Linken in insgesamt sechs Kandidaten, wobei das Desaster des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, Robert Hue, mit 3,4% der Stimmen und der elften Position einen neuen Tiefpunkt im Niedergang der 1920 gegründeten und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg stärksten politischen Kraft markiert. Jospins Ausscheiden aus der Politik stürzte seine Sozialistische Partei in eine schwere Krise. Angesichts des geringen Rückstands von Le Pen gegenüber Chirac im ersten Wahlgang sah sich die Linke vor der Qual der Wahl, ihre Anhänger zur Unterstützung des Staatspräsidenten aufzufordern oder eine Präsidentschaft Le Pens zu riskieren. Mit ihrer Hilfe wurde Chirac Anfang Mai mit überzeugenden 82,2% der Stimmen erneut Präsident der Republik.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Mai und Juni konnte er seinen

## Reales Bruttoinlandsprodukt

Veränderungsrate in %



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Erfolg in einen klaren Sieg der ihn stützenden bürgerlichen Parteien umsetzen, nachdem er sofort bis zu den Parlamentswahlen ein Übergangskabinett unter dem wenig bekannten Liberaldemokraten Raffarin berufen hatte, welches den Kern der jetzigen Regierung bildet. Allerdings wurde dieser Erfolg bei einer nur gut 60% betragenden Wahlbeteiligung errungen. Der Parti Socialiste (SP) sowie die übrige Linke erlitten eine schwere Niederlage. Die präsidentiale Sammlungsbewegung Union pour la majorité présidentielle (UMP), in der sich Gaullisten (RPR), Teile der zentristischen UDF sowie Liberaldemokraten (DL) zusammenfanden und die sich erst im Herbst als Partei konstituiert, stellt mit 357 der 577 Abgeordneten eine komfortable Mehrheit in der Abgeordnetenkammer. Diese wird von verschiedenen unabhängigen Abgeordneten unterstützt. Die Sozialisten (SP) errangen 140 Mandate (nach zuvor 245), auf die Kommunisten (PCF) entfallen 37, der rechtsgerichtete FN ging leer aus.

Die Wahlergebnisse bedeuten das **Ende der Cohabitation**, also des Miteinanders von unterschiedliche politische Richtungen vertretenden Staatspräsidenten und Premierministern, die zwar häufig erhebliche Reibungsverluste mit sich brachte, wegen ihres Zwangs zum Interessenausgleich bei der Bevölkerung jedoch lange populär war. Nun erfolgt in enger Abstimmung zwischen Präsident und Premier eine Bündelung der Kräfte.

Diese ist zur Durchsetzung des umfänglichen Regierungsprogramms sowie zur Auseinandersetzung mit den nach den verlorenen Wahlen wieder nach links gerückten Sozialisten auch nötig. Sie betonen nun wieder mehr die Umverteilung zugunsten sozial Schwacher, die Notwendigkeit höherer Staatsausgaben und die Ablehnung weiterer Privatisierungen öffentlicher Unternehmen. Da die wichtigen Gewerkschaften in die gleiche Richtung tendieren, laufen auch auf der Linken die Kräfte wieder stärker parallel, was verstärkte Sozialkonflikte erwarten lässt. Vor allem die **Gewerkschaften** des öffentlichen Dienstes werden den in diesem Bereich besonders drängenden Reformen noch mehr Widerstand entgegensetzen als der Regierung Jospin. Bereits während der letzten Jahre hatten die Arbeitskämpfe erheblich zugenommen. Insgesamt ist mit einem sehr viel engeren Schulterschluss mit den Sozialisten zu rechnen, nachdem der Loyalitätskonflikt zwischen den Interessen der Mitglieder und einer linken Regierung entfällt. In der einst übermächtigen, kommunistisch orientierten CGT dürften die Positionskämpfe innerhalb des PCF ihr Spiegelbild finden, was sie auf absehbare Zeit lähmt, aber auch unberechenbar macht.

Im Wahlkampf hatte sich Staatspräsident Chirac über die im EU-Stabilisierungsprogramm festgeschriebenen **Vorgaben für die Stabilisierung des Staatshaushalts** hinweggesetzt und einen Budgetausgleich erst für 2007 – statt für 2004 – postuliert. Diese einseitige Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts stieß zwar in Italien auf Sympathie, rief je-

doch bei den meisten anderen EU-Ländern, darunter auch in Deutschland, harsche Proteste hervor. Daraufhin wurde unter Vorbehalt eingelenkt.

Die Wiederaufnahme des Dialogs mit Gewerkschaften und Unternehmerverband zählt zu den wichtigsten Zielen der neuformulierten **Wirtschaftspolitik**. Die Ziele sollen in kleinen Schritten und möglichst im nationalen Konsens realisiert werden. Hierunter fällt auch die Vorstellung einer »république de partage«, welche größere Bürgernähe, umfassende Dezentralisierung (was einen Bruch mit Jahrhunderte langer Tradition bedeuten würde) sowie den sozialen Dialog einschließt. Hinzu addieren sich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Flexibilisierung der 35-Stunden-Woche als Beitrag zur Standortverbesserung, die Sanierung der Renten- und Krankenversicherung, eine Verringerung der Steuerlastquote im Allgemeinen und die Senkung der Einkommensteuer im Besonderen, die Fortsetzung der Teilprivatisierungen sowie eine energischere Bekämpfung der Kriminalität. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wird beiläufig und unlustig erwähnt. Alles deutet darauf hin, dass die Konjunktur von der Wirtschaftspolitik so weit irgend möglich gestützt werden wird, und zwar nicht nur heuer und 2003, sondern auch während der Jahre danach. Dabei wird der wirtschaftspolitische Kurs berechenbarer als bisher. Die »Exception française« erfährt eine noch ausgeprägtere Betonung. Doch dürfte auch der neue wirtschaftspolitische Kurs im Allgemeinen darauf abzielen, schmerzhaft Veränderungen in die Länge zu ziehen und sozial abzufedern. Auch werden Globalisierung und angelsächsische Wirtschaftspraktiken trotz des politischen Rechtsrucks nicht an Popularität gewinnen.

### **Wirtschaftsentwicklung 2001**

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich wie folgt dar: In den **Vereinigten Staaten** erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,2%. In **Japan** gingen Nachfrage und Produktion um 0,5% zurück. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 2,6%. In **Westeuropa** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% zu; in der EU stieg es ebenso stark, während es im Euro-Raum um 1,6 und in Deutschland um 0,6% ausgeweitet wurde. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 24,40 US-Dollar pro Barrel; das sind ungefähr 14% weniger als im Jahr davor. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Vorjahr auf Dollarbasis um rund 7%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,90 US-Dollar; 2000 waren es 0,92 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2000 annähernd stagniert.

Die **französische Wirtschaft** hat den konjunkturellen Abschwung glimpflicher als viele andere westeuropäische Län-

der überstanden, wobei die Wirtschaftspolitik stimulierend wirkte; die Finanzpolitik wich vom Konsolidierungskurs ab (im Oktober war ein »Plan zur Wachstumskonsolidierung« im Umfang von 3,7 Mrd. € oder 0,3% des BIP gestartet worden) und wurde leicht expansiv. Nach schwankendem Verlauf ist die Wirtschaftsleistung vorläufigen Berechnungen zufolge im vierten Quartal um 0,4% gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen. Erfahrungsgemäß unterzeichnen in Frankreich die ersten Kalkulationen die tatsächliche Entwicklung, so dass sich nach Abschluss der Revisionen lediglich eine Stagnation errechnen könnte. Um eine Rezession im landläufigen Sinne handelt es sich nicht, da die Konjunktur anschließend wieder anzog. Das reale **Bruttoinlandsprodukt** expandierte gemäß EUROSTAT um 1,8 gegenüber 3,8% im Jahre 2000. Als ausgeprägte Wachstumsbremse erwies sich die vom weltwirtschaftlichen Abschwung weit überproportional tangierte Ausfuhr, die während des gesamten Jahres deutlich absackte. Infolge des ausgeprägten Überhangs zu Jahresbeginn errechnete sich gleichwohl eine geringe Zuwachsrate. Der Import schrumpfte sogar noch stärker. Die Expansionsrate der Bruttoanlageinvestitionen hat sich gegenüber 2000 mehr als halbiert, während privater und öffentlicher Verbrauch in wenig veränderten Tempo weiter wuchsen und die entscheidende Stütze der Konjunktur bildeten. Auf dem Arbeitsmarkt besserte sich die Lage nur noch bis zur Jahresmitte. Die Verbraucherpreise stiegen zunächst infolge von Sondereinflüssen rasch, ab der Jahresmitte aber nur noch sehr langsam. Die Leistungsbilanz wies neuerlich einen Überschuss aus.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen sank trotz kräftiger Zunahme des Ausländertourismus während des gesamten Jahres, wies aber aufgrund des erheblichen Überhangs zu Jahresbeginn gegenüber 2000 noch ein Plus von 0,5% aus, nach einem Anstieg von 12,7% im Jahre 2000. Ursache dieses Einbruchs war die weltwirtschaftliche Flaute. Besonders betroffen wurden die Lieferungen nach Westeuropa, wo fast zwei Drittel der Warenausfuhr hingingen; relativ wenig verringerte sich der Absatz in Nordamerika (knapp 10% Exportanteil). Der **Import** stieg um 0,1%, nachdem 2000 noch ein Plus von 14,3% verzeichnet worden war. Bei verbesserten Terms of Trade ist der Überschuss der **Leistungsbilanz** von 1,4% im Jahre 2000 auf 1,9% gestiegen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** haben im Laufe des Jahres annähernd stagniert und expandierten gegenüber 2000 um 2,3%. Vielfach wurden geplante Investitionen zurückgestellt, zunächst als Folge der konjunkturellen Abkühlung, dann als Folge der Ereignisse vom 11. September. Um 3,2% wurden die Ausrüstungsinvestitionen ausgeweitet, bei ebenfalls ungefähr stagnierendem Verlauf, aber höherem Überhang. Obwohl die Auslastung der Kapazitäten im Laufe des Jahres nur wenig zurück ging und immer noch über dem Durchschnitt der neunziger Jahre lag, hat sich das auf der Basis

von Unternehmensbefragungen erhobene Geschäftsklima in der verarbeitenden Industrie im Verlauf deutlich verschlechtert. Absatz- und Ertragserwartungen wurden erheblich ungünstiger. Die Anfang 2001 erfolgte Einführung der 35-Stunden-Woche in mittleren und großen Unternehmen löste weniger Rationalisierungsinvestitionen aus, als erwartet. Spürbar verringert wurde der gewerbliche Bau, zumal die Leerstände gerade im Großraum Paris zugenommen haben. Auch der bis 2000 stark ausgeweitete Wohnungsbau ist etwas zurückgegangen. Dabei spielte die Einschränkung und Umstellung staatlicher Programme eine wesentliche Rolle. Verschiedentlich sahen sich zudem private Haushalte durch das Platzen der Spekulationsblase an den Aktienmärkten zur Aufgabe ihrer Baupläne gezwungen. Die öffentliche Hand hat hingegen mit weiter steigender Tendenz vor allem in die Infrastruktur investiert.

Der **private Konsum** bildete die wesentliche Spitze der Konjunktur. Mit 2,6% expandierte er so lebhaft wie im Jahr davor, obwohl die Sparquote als Reflex des stetig und deutlich verschlechterten Konsumklimas um 0,8 Prozentpunkte auf 16,5% gestiegen ist. Die Reallöhne erhöhten sich mäßig, aber doppelt so rasch wie 2000, die Einkommensteuer wurde gesenkt und die Kfz-Steuer abgeschafft. Außerdem hat die Beschäftigung weiter, wenn auch verlangsamt, zugenommen. Die Nachfrage nach langlebigen Gütern verlor im Laufe des Jahres zwar an Schwung, blieb aber immer noch lebhaft. So konnten im Gegensatz zu den meisten westeuropäischen Ländern nochmals deutlich mehr Personenautos abgesetzt werden. Der **Staatsverbrauch** (+ 2,5%) tendierte rascher als 2001 aufwärts und trug ebenfalls zur Nachfragestützung bei.

Auf dem **Arbeitsmarkt** besserte sich die Lage bis zur Jahresmitte weiter, verschlechterte sich aber anschließend, weil die Beschäftigung nur noch verlangsamt zunahm und die Arbeitslosigkeit ab dem Sommerhalbjahr stieg. Gegenüber 2000 expandierte die Beschäftigung um 1,9% (2000: 2,2%). Die Arbeitslosenquote ging im Jahresdurchschnitt auf 8,6% zurück. Vielfach fehlte es weiterhin an qualifizierten Kräften.

Die **Konsumentenpreise** sind im Schnitt des Jahres – wie im Jahr 2000 – um 1,8% gestiegen. Während der ersten Monate beschleunigte sich die Inflation, vor allem bedingt durch die rasche Verteuerung von Energie (Anstieg von Rohölpreis und Dollarkurs) und Nahrungsmitteln – hier spielten die Witterung sowie die Tierseuchen BSE und MKS eine erhebliche Rolle. Ab der Jahresmitte blieben die Verbraucherpreise fast stabil. Vor der Eurobargeldeinführung hat es nur in geringem Umfang vorgezogene Preisanhebungen gegeben. Hierbei mögen auch die seit dem Herbst verstärkten Preiskontrollen eine Rolle gespielt haben, welche vor der Jahreswende 2001/2002, aber vor allem im ersten Quartal 2002 stabilisierend wirkten. Zwischen Regierung und Supermarktketten bestand eine Vereinbarung, gemäß der

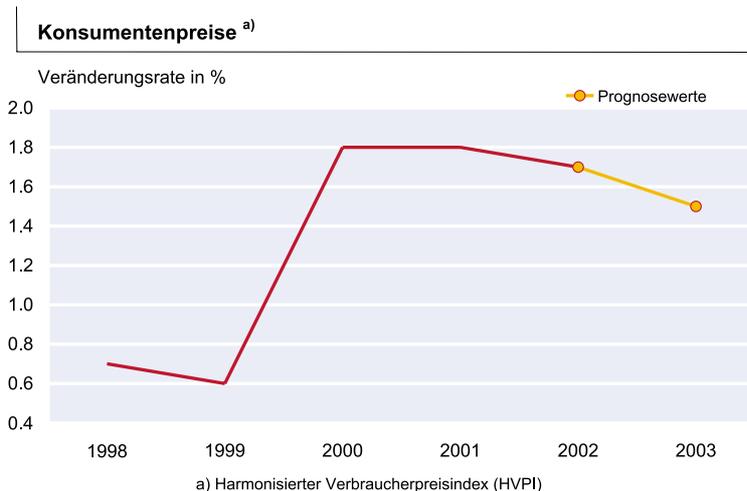
die geminderte Preistransparenz während dieser Zeit nicht zu Preisaufschlägen genutzt werden sollte. Bereits im September begannen 300 Beamte mittels stichprobenartigen Preiskontrollen den Übergang zum Euro im Vorfeld stabilitätspolitisch abzusichern.

### Wirtschaftspolitik

Im laufenden Jahr wird die Konjunktur durch die Wirtschaftspolitik stimuliert, obwohl exportdämpfende Wirkungen der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar im weiteren Verlauf des Jahres allmählich spürbar werden. Das gilt in erster Linie für die Geldpolitik. Die seit Mai 2001 erfolgte monetäre Lockerung wirkt erst heuer voll. Der finanzpolitische Kassensturz nach dem Regierungswechsel ist zwar noch nicht abgeschlossen. Aber erfahrungsgemäß wurde im ersten (Wahl-)Halbjahr mehr ausgegeben als budgetiert. Da das Manko im zweiten Semester nicht nur nicht aufgeholt werden kann, sondern auch noch die Einkommensteuer gesenkt wird, ist auch im laufenden Jahr wieder mit expansiven Effekten seitens der Finanzpolitik zu rechnen. Im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaftspolitik insgesamt leicht dämpfen. Zwar werden die retardierenden Einflüsse der vermutlich im Winterhalbjahr beginnenden allmählichen Straffung der monetären Zügel durch die EZB erst im Laufe des zweiten Halbjahrs 2003 spürbar. Aber die Aufwertung des Euro nicht nur gegenüber dem US-Dollar und damit gegenüber vielen asiatischen Währungen, sondern auch gegenüber dem Pfund Sterling macht sich erst jetzt voll bemerkbar und bremst den Exportanstieg (aber auch die Inflation). Und schließlich dürfte die Finanzpolitik von einem leicht expansiven auf einen annähernd konjunkturneutralen Kurs einschwenken, flankiert von verstärkten Privatisierungen. Auf ordnungspolitischem Gebiet, etwa Deregulierungen im öffentlichen Dienst und Flexibilisierungen des Arbeitsrechts sind nur langsame Fortschritte wahr-

scheinlich, begleitet von gewerkschaftlichen Gegenmaßnahmen.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zielt weiter auf Preisstabilität ab. Sie stimuliert die Konjunktur im laufenden Jahr spürbar. 2003 dürfte sie zunächst etwa konjunkturneutral, im späteren Verlauf jedoch leicht restriktiv wirken. Bereits im Mai 2001 hatte die EZB ihren zuvor restriktiven monetären Kurs gelockert, obwohl der Preisschub noch nicht ausgelaufen war und die Expansion der neben dem Inflationsziel als Referenzgröße dienende Geldmenge M3 deutlich über dem Zielwert lag. Nach den Terroranschlägen vom 11. September in den USA wurde die geldpolitische Lockerung im Schulterschluss mit anderen Zentralbanken fortgesetzt. Insgesamt hat die EZB ihren Schlüsselzins in vier Schritten um insgesamt 1,5 Prozentpunkte auf zuletzt (November 2001) 3,25% gesenkt. Die hieraus resultierenden konjunkturstimulierenden Wirkungen werden sich erst heuer voll entfalten. Mit Blick auf den jetzt 1,75% betragenden Leitzins in den USA und den nur sehr zögernd beginnenden Aufschwung in Westeuropa wird auch jetzt noch verschiedentlich Spielraum für einen kleinen weiteren Zinsschritt nach unten gesehen. Zwar sind die Konsumentenpreise zuletzt (Mai 2002) im Vorjahresvergleich nur mehr um 1,7% gestiegen, und die Rendite der indexierten zehnjährigen französischen Staatsanleihen deutet auf Inflationserwartungen der Finanzmarktakteure von lediglich 1,5% p.a. hin. Aber die Kerninflation liegt nach wie vor über 2%, und die Aussichten auf eine rasche Abschwächung derselben sind gering. Die Teuerungsrate (HVPI) dürfte im Euro-Raum heuer etwas über dem mittelfristig angestrebten Ziel der EZB von unter 2% p.a. liegen, da ab Juli Basiseffekte entfallen; im Durchschnitt der ersten fünf Monate 2002 sind die Verbraucherpreise um 2,4% gestiegen. Damit würde das Inflationsziel nun zum dritten aufeinanderfolgenden Mal verfehlt, womit allmählich ein Glaubwürdigkeitsproblem für die Zentralbank entsteht; diese hat denn auch erst kürzlich wieder vor Inflationsgefahren gewarnt. Auch steigt die Geldmenge M3 immer noch erheblich stärker als vorgesehen. Mit zuletzt (Mai) 7,8% liegt die Zuwachsrate im Vorjahresvergleich nach wie vor weit über dem – auch für 2003 vorgegebenen – jahresdurchschnittlichen Ziel von 4,5%. Liquidität zur Finanzierung des Aufschwungs ist also reichlich vorhanden. Weitere Zinssenkungen sind damit unwahrscheinlich geworden. Spätestens um die Jahreswende 2002/2003 ist daher bei in Gang gekommener Konjunktur die beginnende Straffung der monetären Zügel wahrscheinlich. Die dürfte jedoch im Hinblick auf die weitere Festigung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar vorsichtig erfolgen; sollte es sogar zu einer ausgeprägten Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro kommen, wäre allerdings auch eine Zinssenkung denkbar. Die aus dem geldpoliti-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

schen Schwenk resultierenden bremsenden Wirkungen auf die Konjunktur wären kaum vor dem Sommer nächsten Jahres zu erwarten. Schon früher macht sich hingegen die Aufwertung des Euro bemerkbar. Die EZB führte bis jetzt in ihren monatlich wechselnden Begründungen für die ständigen Verfehlungen des Geldmengenziels stets Sonderfaktoren an und reagierte verschiedentlich mit kleinen Neudefinitionen von M3. Auf diese Weise ist das Vertrauen in den Euro jedoch nicht zu festigen. Und es drängt sich die Änderung des monetären Referenzwertes, so man an einem solchen festhalten will, auf. Die Euro-Bargeldeinführung ging auch hier glatter über die Bühne als erwartet. Die Bevölkerung hatte die neue Währung überwiegend zustimmend akzeptiert. Die zeitweilig getrübe Preistransparenz wurde kaum zu Preissteigerungen genutzt.

Die Finanzpolitik war 2001 von einem verhalten konsolidierungsorientierten auf einen leicht expansiven Pfad eingeschwenkt. Um dem von den Ereignissen des 11. September ausgelösten Schock entgegen zu wirken, wurde im Oktober ein 3,7 Mrd. € (1/4% des BIP) fiskalisches Stützungsprogramm gestartet, dessen Schwerpunkt eine Aufstockung der Beschäftigungsprämie (PPP) für Millionen Geringverdiener sowie zusätzliche 80 000 befristete Stellen im öffentlichen Dienst bildeten. Im Staatshaushalt 2001 waren ohnehin, weitestgehend auf die privaten Haushalte fokussierte Steuerentlastungen im Umfang von 1/2% des BIP vorgesehen. Diese waren Teil eines um das Wahljahr 2002 gruppierten mittelfristigen Programms 2001/2003 zur Verringerung der im westeuropäischen Vergleich immer noch hohen Steuer- und Abgabenquote. Der Staatshaushalt 2001 basierte allerdings auf der unrealistischen Annahme eines Wirtschaftswachstums von 3 bis 3,6%. Folglich lagen die Einnahmen unter und die Ausgaben über dem Voranschlag. Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand sank denn auch nicht, wie mit der EU-Kommission abgesprochen, auf 1% des BIP, sondern erhöhte sich auf 1,4%. Der Staatshaushalt 2002 war ebenfalls formal konsolidierungsorientiert konzipiert, basierte jedoch auf einem mit 2,5% zu hoch angenommenem Wirtschaftswachstum. Die im Rahmen der Steuerreform 2001/2003 vorgesehenen Steuerentlastungen belaufen sich auf rund 6 Mrd. € (0,4% des BIP); hinzu kommt jetzt die von der neuen Regierung zu verantwortende Senkung der Einkommensteuersätze um 5%, der 2003 eine weitere Entlastung folgt; bis 2007 sollen sie um ein Drittel herabgesetzt werden, was die Besserverdienenden – nur sie zahlen Einkommensteuer – begünstigt. 3 Mrd. € fließen in ein neues Beschäftigungsprogramm für Jugendliche, 15 Mrd. € gehen als Abgabenerleichterungen zum Ausgleich der Kosten der 35-Stunden-Woche an die Unternehmen, und die Etats für Bildung, Umwelt und Inneres sind kräftig aufgestockt worden. Gleichwohl sollten die Ausgaben mit nominal 2 und real 0,5% nicht stärker steigen, als in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen. Doch selbst unter den optimistischen Konjunkturerwartungen reichten die Einnahmen des

Staates nicht aus, um das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand bei den vorjährigen 1,4% zu halten – eine Rate, die Anfang dieses Jahres in das mit der EU abgesprochene mittelfristige Stabilisierungsprogramm einging. So wurden Überschüsse der Arbeitslosenversicherung ebenso herangezogen, wie »Sonderdividenden« der Energie- und Gasversorger EdF und GdF in Höhe von etwa 6 Mrd. €. Die Vorgabe für das Wirtschaftswachstum wird jedoch spürbar unterschritten. Folglich dürfte das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand heuer auf 2 1/2% des BIP steigen – was eine Abmahnung aus Brüssel implizieren würde. Damit kommt auch das mittelfristige Konsolidierungsprogramm ins Rutschen. Nicht nur die Defizit-Vorgabe für 2003 von 1%, sondern auch der gesamtstaatliche Budgetausgleich für 2004 erscheinen obsolet. Im Wahlkampf hatte sich Staatspräsident Chirac denn auch für einen Haushaltsausgleich erst im Jahre 2007 stark gemacht. Nach heftigen Querelen mit der deutschen Regierung gab man nach und versprach für 2004 einen »nahezu ausgeglichenen Haushalt« mit dem Vorbehalt, dass die Wirtschaft in den kommenden Jahren um 3% expandiert, was allerdings kaum zu erwarten ist. Die Konjunktur wird im laufenden Jahr von der Finanzpolitik noch Anstöße erhalten, 2003 aber vermutlich auf annähernd konjunkturneutralen Kurs gehen, auch wenn die Staatsausgaben etwas stärker als die budgetierten 0,2% steigen sollten. Schwerpunkte bleiben Kriminalitätsbekämpfung, Beschäftigungspolitik und Steuerentlastungen – doch die Steuer- und Abgabenquote sinkt nur langsam.

Ordnungspolitisch sind zwei Bereiche erwähnenswert. Erstens die gelungene stabilitätspolitische Absicherung der Euro-Bargeldeinführung. Die Regierung schloss mit den Supermarktketten eine Vereinbarung, der gemäß die Phase der Intransparenz bis Ende März 2002 nicht zu rein umstellungsbedingten Preisaufschlägen ausgenutzt werden durfte. Stichprobenartig kontrollierten bereits ab September 2001 300 Beamte, und die Regierung hielt mit dem Preiskontrollgesetz zudem einen dirigistischen Knüppel in der Hinterhand. Der Übergang verlief stabilitätspolitisch sehr befriedigend – im Gegensatz zu Deutschland, wo man liberaler verfuhr und in einigen Regionen und vor allem in einigen Dienstleistungszweigen erhebliche umstellungsbedingte Preissteigerungen registrieren musste. Der zweite Punkt betrifft die Deregulierung und Liberalisierung in staatlich dominierten Versorgungsbereichen. Nachdem die sozialistische Regierung Jospin mehr privatisierte als die konservativen Kabinette Balladur und Juppé zusammen (noch im Herbst wurden 15% der Kapitalanteile von Renault an Nissan abgegeben) und Einnahmen von reichlich 40 Mrd. € generierte, plant auch die Regierung Raffarin weitere Privatisierungen. Dabei sind sogar Teilprivatisierungen bei den großen Energiemonopolisten EdF und GdF vorgesehen. Doch wird der Staat weiter Kontrollmehrheiten behalten, wobei er sich der Unterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung sicher sein kann, die am liebsten alles beim Alten las-

sen möchte. Auch sind hier, wie im öffentlichen Dienst, die Gewerkschaften noch mächtig – das gilt ebenfalls für die Staatsbahn SNCF.

Arbeitsmarktpolitisch wird der auf Beschäftigungsförderung abzielende Kurs fortgesetzt, was auch – wie seit Jahren schon – neue Programme zur vorübergehenden Beschäftigung von Jugendlichen im öffentlichen Dienst einschließt. Dabei steht die endgültige Durchsetzung der 35-Stunden-Woche sowie ihre Flexibilisierung (u.a. des Jahresarbeitszeitkontos und der bisher auf 130 pro Jahr beschränkten Überstunden) im Vordergrund. Ein heißes Eisen bilden die ca. 5 Mill. Angehörigen des öffentlichen Dienstes, bei dem mit der Umsetzung noch nicht einmal begonnen wurde. Das von der Administration Jospin forcierte Experiment mit der einer negativen Einkommensteuer ähnelnden Beschäftigungsprämie (Prime pour l'emploi – PPP) wird fortgesetzt. Dadurch werden die Einkommen der 2,7 Mill. Mindestlöhner angehoben, ohne dass sich gleichzeitig deren Löhne und damit die Arbeitskosten der Arbeitgeber erhöhen. So entfällt auch der Druck auf die über dem Mindestlohn (SMIC) liegenden Lohngruppen, der jedes Mal auftritt, wenn der Mindestlohn heraufgesetzt wird. Diese Erkenntnis hat die Regierung kürzlich beherzigt, als die den Salaire minimum interprofessionnel de croissance im Rahmen des gesetzlichen Rahmens, und nicht wie üblich über diesen hinausgehend, nur um 2,4% erhöhte. Zudem sollen die sechs SMIC-Niveaus vereinheitlicht werden, die sich im Zuge des Übergangs von der 39- zur 35-Stunden-Woche herausgebildet haben.

Die vom Staat umfänglich subventionierte Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 39 auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich wurde Anfang 2001 in den mittleren und großen Unternehmen, also für etwa ein Viertel der Arbeitnehmer, weitgehend realisiert und inzwischen, wenn auch nicht konfliktfrei, abgeschlossen. Vor allem Großunternehmen haben die damit verbundenen Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Arbeitszeit mittels jährlicher Arbeitszeitkonten genutzt. In Unternehmen mit weniger als 20 Arbeitnehmern wird die Arbeitszeit unter Anwendung von Übergangsregelungen ab Anfang 2002 verkürzt. Insgesamt wird der Beschäftigungseffekt (neu geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze) durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zwischen 1999 (mit finanzieller Unterstützung des Staates konnten die Unternehmen schon vor 2001 umstellen) und 2002 auf 250 000 bis 400 000 geschätzt. Die tatsächliche, nicht zu ermittelnde Zahl dürfte etwa in der Mitte liegen.

### Wirtschaftswachstum 2002

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden unterstellt: In den Vereinigten Staaten erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%. Die gesamtwirtschaftliche Er-

zeugung steigt in Japan um ca. 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. In Mitteleuropa nehmen Nachfrage und Produktion um etwa 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% zu. In Westeuropa wird das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 1% ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind ähnliche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland knapp 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% beträgt. Der Einfuhrpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 24 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe (ohne Öl) sinken gegenüber 2001 um ungefähr 3%. Der Wechselkurs des Euro bewegt sich im Jahresdurchschnitt innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels expandiert in einer Größenordnung von 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%.

In Frankreich gewinnt die Konjunktur im zweiten Halbjahr deutlich an Schwung, nach schleppender Belebung im ersten Semester. Für dieses Bild sprechen auch die durch Unternehmens- und Verbraucherbefragungen ermittelten Klimaindikatoren. Dabei werden die von Geld- und Finanzpolitik ausgehenden Impulse die allmählich dämpfenden Effekte der Euro-Aufwertung deutlich überkompensieren. Die Ausfuhren nehmen im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung am raschesten zu. Der private Konsum wird bei spürbar erhöhten realen verfügbaren Einkommen, allmählich günstiger werdender Lage auf dem Arbeitsmarkt und sinkender Sparquote deutlich ausgeweitet. Der Staatsverbrauch expandiert stetig etwa im Tempo der Vorjahre. Die Bruttoanlageinvestitionen gewinnen erst in der zweiten Jahreshälfte wieder an Fahrt. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte sich um rund 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% erhöhen. Während die Löhne spürbar langsamer, aber immer noch deutlich angehoben werden, tendieren die Preise nur noch moderat aufwärts. Die Leistungsbilanz weist neuerlich einen Überschuss aus.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen bildet die dynamischste Nachfragekomponente. Allerdings wird die Erholung gerade kräftig genug sein, um den Rückgang des Vorjahres etwa auszugleichen. Zunächst steigt der Absatz in Nordamerika besonders lebhaft, doch wird die Zunahme im weiteren Verlauf durch die Aufwertung des Euro und die vermutlich volatiler und schwächer als erwartete Konjunkturentwicklung in den USA etwas gebremst. Die Lieferungen nach Westeuropa, dem weitaus wichtigsten Absatzmarkt, beschleunigen sich im Takt mit der konjunkturellen Entwicklung erst während der zweiten Jahreshälfte deutlich. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit französischer Anbieter verschlechtert sich allmählich, bedingt durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und dem Pfund Sterling. Gegenüber Kontinentaleuropa bleibt jedoch die Konkurrenzkräft erhalten, wobei während des letzten Jahrzehnts auch infolge der stark gestiegenen französischen Direktinvestitionen beachtliche Fortschritte gemacht wurden. Auch der Import nimmt im Verlauf wieder merklich zu. Doch errechnet sich hier wegen des hohen Unterhangs zu Beginn dieses Jahres gegenüber 2001 ein leichtes Minus. Die Leistungsbilanz wird in Relation zum BIP einen gegenüber 2001

erhöhten Aktivsaldo ausweisen, auch weil sich die Terms of Trade erheblich verbessern.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** werden nach längerer Stagnation im Laufe des zweiten Halbjahrs allmählich Fahrt aufnehmen – allerdings erheblich langsamer als in der entsprechenden Phase früherer Konjunkturaufschwünge, mitbedingt durch die von den USA ausgehenden Verunsicherungen. Das gilt in erster Linie für die Ausrüstungsinvestitionen, da sich Absatz- und Ertragsersparungen – auch gestützt durch die robuste Konsumkonjunktur – nur ansatzweise verbessern und die Auslastung der Kapazitäten nicht nennenswert aufwärts tendiert. Die Belegung wäre noch schwächer, wenn die niedrigen Zinsen nicht stützend wirken würden. Außerdem dürften die Unternehmen das Resultat der letzten Wahlen als Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen empfinden. Und schließlich verstärkt sich die Notwendigkeit, den Übergang zur 35-Stunden-Woche kostenmäßig nach Möglichkeit aufzufangen. Der gewerbliche Bau wird von dieser Entwicklung noch nicht erfasst. Auch weil die Leerstandrate bei Gewerbeimmobilien vor allem in den größeren Agglomerationen zunächst noch steigt, ist mit einem weiteren Rückgang zu rechnen. Demgegenüber expandiert der öffentliche Bau spürbar. Das gilt auch für den sozialen Wohnungsbau, bei dem 2001 eine kräftige Zunahme der Baugenehmigungen registriert wurde, die heuer in Baubeginne umgesetzt werden. Demgegenüber dürfte der übrige Wohnungsneubau trotz niedriger Zinsen zunächst weiter sinken, wobei die seit Herbst 2001 erhöhte Unsicherheit der privaten Haushalte bezüglich der wirtschaftlichen Zukunft ausschlaggebend zu sein scheint. Andererseits wird unter Anlageaspekten allmählich mehr in Immobilien (neben Gold und Kunstwerken) investiert, nachdem das Vertrauen in die Kapitalmärkte nachhaltig erschüttert worden ist. Deutlich aufwärts tendieren hingegen

die Instandhaltungsinvestitionen als Folge der Explosionskatastrophe von Toulouse im Herbst 2001 sowie der schwachen Entwicklung im Vorjahr. Insgesamt dürften die Bruttoanlageinvestitionen etwa dem Niveau von 2001 entsprechen.

Der **private Konsum** dürfte um rund 1 1/2% expandieren. Im Verlauf bedeutet das eine Fortsetzung der bisherigen Aufwärtsentwicklung bei leichter Beschleunigung im zweiten Halbjahr – eine Annahme, die durch die kräftige Erholung des auf der Basis von Verbraucherbefragungen ermittelten Konsumklimas seit dem Frühjahr unterstrichen wird. Das entspricht fast dem Anstieg der Reallöhne. Hinzu addiert sich die ab Jahresmitte greifende Senkung der Einkommensteuer um 5% mit einem Entlastungseffekt von 2,7 Mrd. €, die allerdings vorwiegend den Besserverdienenden mit durchschnittlicher bis unterdurchschnittlicher marginaler Konsumquote zugute kommen. Da die vorübergehend leicht abwärts weisende Tendenz bei der Beschäftigung, teils durch die konjunkturelle Entwicklung, teils durch staatliche Maßnahmen, im weiteren Verlauf des Jahres umgekehrt wird, dürfte hiervon kaum etwas in die Sparquote gehen. Diese dürfte gegenüber 2001 konstant bleiben. Da nur wenige Haushalte Aktien besitzen, tangiert deren starker Kursrutsch das Konsumverhalten unmittelbar kaum. Der Absatz langlebiger Güter nimmt mäßig zu, auch weil der Wohnungsneubau noch nicht aus seiner Flaute herausfindet. Der **Staatsverbrauch** nimmt vermutlich wieder in einer Größenordnung von 2% zu.

Die Situation auf dem **Arbeitsmarkt** wird im Vergleich zum Vorjahr etwas ungünstiger. Im weiteren Verlauf dieses Jahres ist jedoch konjunkturbedingt mit einer allmählichen Zunahme der Beschäftigung zu rechnen – gegenüber 2001 errechnet sich noch ein kleines Plus. Hierzu tragen auch neue

**Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten**  
– in % –

	2001	2002 <sup>a)</sup>				2003 <sup>a)</sup>			
		OFCE <sup>b)</sup>	REXECODE <sup>c)</sup>	EU <sup>d)</sup>	OECD <sup>e)</sup>	OFCE <sup>b)</sup>	REXECODE <sup>c)</sup>	EU <sup>d)</sup>	OECD <sup>e)</sup>
Bruttoinlandsprodukt	1,8	1,6	1,2	1,6	1,4	2,9	2,3	2,8	3,0
Inlandsnachfrage	1,7	1,6	1,1	1,2	1,6	2,8	2,1	2,9	2,9
Privater Verbrauch	2,6	1,8	1,5	1,7	2,1	2,9	2,0	2,8	2,6
Staatsverbrauch	2,5	2,0	1,6	1,7	1,9	2,1	1,5	1,4	1,5
Bruttoanlageinvestitionen	2,3	-0,1	-1,4	-0,1	-0,1	3,0	0,8	3,1	3,2
Exporte <sup>f)</sup>	0,5	-1,8	-1,6	2,5	-2,0	7,7	6,5	6,7	7,8
Importe <sup>f)</sup>	0,1	-2,0	-2,5	0,9	-1,7	8,0	6,2	7,1	7,9
Industrieproduktion (ohne Bau)	0,9	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	1,8	1,6	1,7	1,7	1,6	1,7	1,5	1,6	1,7
Arbeitslosenquote	8,6	9,1	9,2	8,8	9,2	8,8	9,4	8,4	9,0
Leistungsbilanz <sup>g)</sup>	1,9	1,9	2,2	2,2	2,0	1,8	2,2	2,0	1,9
Finanzierungssaldo des Staates <sup>g)</sup>	-1,4	-2,0	-2,2	-1,9	-2,0	-2,0	-2,0	-1,8	-1,8

<sup>a)</sup> Schätzungen. – <sup>b)</sup> Observatoire Française des Conjonctures Economiques, Paris, vom April 2002. – <sup>c)</sup> Centre de Recherches pour l'Expansion de l'Economie et de la Développement des Entreprises, Paris, vom April 2002. – <sup>d)</sup> Kommission der EU, Brüssel, vom April 2002. – <sup>e)</sup> Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom Juli 2002. – <sup>f)</sup> Güter und Dienstleistungen. – <sup>g)</sup> In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

staatliche Programme bei. Da hierdurch, wie seit Jahren üblich, meist nur bestehende Beschäftigungsmaßnahmen verlängert oder auslaufende durch neue ersetzt werden, ist der Netto-Effekt jedoch nicht allzu groß. Positive Netto-Effekte sind auch von der weiteren Umsetzung der 35-Stunden-Woche zu erwarten, obwohl diese andererseits zu weiter verstärkten Rationalisierungsmaßnahmen führt. Von diesen sind in erster Linie **Leiharbeitskräfte** (zu 85% Arbeiter, ganz überwiegend ohne berufliche Ausbildung) betroffen, wie die Entwicklung 2001 zeigte, als deren Zahl innerhalb weniger Monate um rund 100 000 auf reichlich 650 000 gesunken ist. Sie sind auch die Ersten, die ausscheiden müssen, bevor bei Entlassungen von Teilen der Stammbeschäftigung Sozialpläne erstellt werden. Vielfach bleiben Fachkräfte gesucht. Leiharbeitskräfte werden in der Regel nicht nur kurz oder sehr kurz beschäftigt, sondern sie kommen auch nicht in den Genuss der *Prime pour l'emploi*, der Lohnsubventionen für Niedrigverdiener. Sie haben also in vielfacher Hinsicht die Hauptlast der Arbeitsmarktanpassungen zu tragen. Hieran hatte auch die Regierung Jospin nichts geändert. Die Arbeitslosenquote dürfte insgesamt im Jahresdurchschnitt bei reichlich 9% liegen.

Der Preisauftrieb war während des ersten Quartals mäßig, bedingt durch das Stillhalteabkommen mit den Handelsketten. Der nach dem 1. April verschiedentlich befürchtete Nachholeffekt blieb indes aus. Im April stiegen die Verbraucherpreise nicht schneller als im März. Seither herrscht annähernde Preisstabilität, auch weil witterungsbedingte Sondereffekte entfielen. Im Schnitt der ersten fünf Monate 2002 erhöhten sich die Verbraucherpreise um 2,1%. Mit einer Fortsetzung ist zu rechnen, da die Aufwertung des Euro zu einer Verbilligung der Importe führt und der konjunkturelle Aufschwung nur langsam an Fahrt gewinnt. Die **Konsumumentenpreise** liegen vermutlich im Schnitt des Jahres um 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% über dem Niveau von 2001.

### Wirtschaftsentwicklung 2003

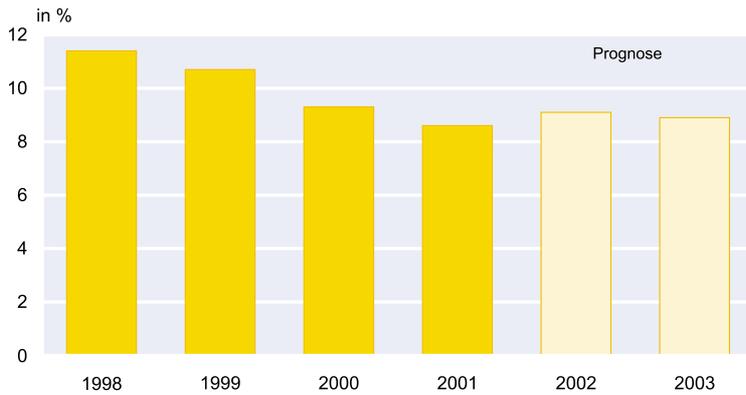
Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 3%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um etwa 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. In **Westeuropa**, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%; in Deutschland beträgt die Zunahme ca. 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%. Der Importpreis für **Rohöl** beträgt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt ungefähr 24 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 7% mehr als 2002. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Mittel des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1 bis 1,10 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 7% ausgeweitet werden.

In **Frankreich** verlangsamt sich das Wirtschaftswachstum im Jahresverlauf allmählich. Das gilt für Inlandsnachfrage und Ausfuhr gleichermaßen. Die Geldpolitik bremst gegen Ende des Jahres etwas, und die Finanzpolitik wird annähernd konjunkturneutral. Hinzu kommt die konjunkturelle Abschwächung in den Vereinigten Staaten, und die vorjährige Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und anderen Währungen wirkt nun voll. Gleichwohl weisen wieder alle großen Aggregate auf der Nachfrageseite positive Raten aus. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% expandieren, da die Wachstumsverlangsamung verhalten sein wird und zu Jahresbeginn ein Überhang besteht. Eine wesentliche Stütze der Konjunktur bildet der private Konsum, bei ungefähr gleichbleibendem Reallohnanstieg, etwas schneller zunehmender Beschäftigung und rückläufiger Arbeitslosenquote sowie leicht sinkender Sparquote. Der Staatsverbrauch wird wie bisher ausgeweitet. Die Bruttoanlageinvestitionen steigen, auch weil die Bauinvestitionen wieder mitziehen. Die höchste Zuwachsrate erzielt der Export. Der Preisauftrieb wird moderat sein. Die Leistungsbilanz weist einen Überschuss in der Größenordnung der Vorjahre aus.

Der **private Konsum** dürfte um reichlich 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% zunehmen. Im Verlauf bedeutet das zunächst noch eine leichte Beschleunigung, gefolgt von einer ziemlich stetigen Expansion. Stützend wirken die Mitte 2002 erfolgte Senkung der Einkommensteuer um 5%, die expandierende Beschäftigung sowie das günstige Konsumklima, welches ein allmähliches Sinken der Sparquote erwarten lässt. Die Reallöhne werden sich kaum viel stärker erhöhen als 2002, obwohl die Inflation moderat sein wird. Hierbei spielt auch eine Rolle, dass die neue Regierung beim Amtsantritt Mitte 2002 den Mindestlohn nicht über die gesetzliche Maßgabe hinaus angehoben hat und diese Linie, die unmittelbar auch den Lohnauftrieb der darüber liegenden Lohngruppen – also vieler Millionen Arbeitnehmer – dämpft, auch im kommenden Jahr beibehalten dürfte. Dauerhafte Güter werden wieder lebhafter gekauft, auch weil der Wohnungsbau – wenn auch sehr zögerlich – aus dem Tief heraus findet. Der **Staatsverbrauch** expandiert um reichlich 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (ca. + 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%) gewinnen wieder stärker an Schwung. Das Tempo wird durch diese Jahresveränderungsrate allerdings unterzeichnet, da zu Jahresbeginn nur ein geringer Überhang bestehen wird. Die Entwicklung weist auf breiter Front aufwärts. Besonders lebhaft dürften die Ausrüstungsinvestitionen expandieren. Erstens erzwingt der Übergang zur 35-Stunden-Woche weitere erhebliche Rationalisierungsanstrengungen. Zweitens sorgt der gegenüber dem US-Dollar und anderen Währungen deutlich höher bewertete Euro für Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einigermaßen zu halten. Und drittens nähert sich die Auslastung der Kapazitäten wieder dem zuletzt En-

**Arbeitslosenquote**



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

de der achtziger/Anfang der neunziger Jahre erreichten Maximum von 88,8%, so dass allmählich auch wieder mehr in die Erweiterung der Anlagen investiert wird. Spürbar, aber merklich langsamer als die Ausrüstungsinvestitionen erholen sich die Bauinvestitionen. Das gilt in erster Linie für den gewerblichen Bau, der mit der zunehmenden Nachfrage nach Büro-, Einzelhandels- und Fabrikbauten langsam an Tempo gewinnt. Auch der öffentliche Bau legt allmählich zu, zumal die Regierung hierin einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung von Infrastruktur und Beschäftigung sieht. Der Wohnungsneubau findet im Zuge der verbesserten Wirtschaftslage nur mühsam aus der konjunkturellen Talsohle heraus und legt erst wenig zu, während in Renovierung, Aus- und Umbau mindestens so viel wie im Vorjahr investiert wird.

Der Export von Gütern und Dienstleistungen nimmt um rund 6 1/2%, also fast im Rhythmus des Welthandels zu. Stimulierend wirkt das im Vergleich zu 2002 stärkere weltwirtschaftliche Wachstum. Dieses verliert allerdings in den meisten westlichen Industrieländern an Schwung vor allem infolge der konjunkturstimulierenden Wirtschaftspolitik allmählich. Bei den Lieferungen nach den Vereinigten Staaten und anderen Ländern des Dollar-Raumes bremst zudem die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar zunehmend. Jedoch ist der hiervon betroffene Exportanteil nicht sehr groß. Das französische Exportsortiment hat während der letzten zwei Jahrzehnte qualitativ sehr gewonnen, und ein Teil des aufwertungsbedingt entstehenden preislichen Handicaps wird durch die gleichzeitige Verbilligung von Energie, Rohstoffen, Vormaterialien und Komponenten ausgeglichen. Der Absatz in Kontinentaleuropa nimmt kräftig zu, zumal die Lohnkosten in Frankreich nicht rascher als bei den Haupthandelspartnern steigen. Überproportional expandiert die Ausfuhr nach Mittel- und Osteuropa (Anteil am Warenexport rund 5%), wo sich französische Unternehmen zunehmend auch mittels Direktinvestitionen engagieren, die fast immer auch Güterströme auslösen. Die Einfuhr dürfte

annähernd im Rhythmus der Ausfuhr zunehmen. Bei nochmals verbesserten Terms of Trade ist mit einem Überschuss der Leistungsbilanz in einer Größenordnung von wiederum 2% des BIP zu rechnen.

Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage vor allem konjunkturbedingt allmählich, obwohl der Produktivitätsfortschritt beachtlich sein wird. Aber die arbeitsplatzschaffenden Auswirkungen der 35-Stunden-Woche wirken sich noch aus, und die lebhaftere Konjunktur bewirkt die Schaffung neuer Stellen (oft genug sind das allerdings nur Zeitarbeitsplätze). Der Staat wird zudem auslaufende Beschäftigungsprogramme durch neue ersetzen. Bei langsam steigender Beschäftigung geht die Arbeitslosigkeit allmählich zurück. Im Schnitt des Jahres dürfte die Arbeitslosenquote bei knapp 9% liegen.

Der Preisauftrieb bleibt moderat. Stabilisierend wirken die fortgesetzte Höherbewertung der Euro gegenüber dem US-Dollar bei auf Dollar-Basis annähernd unveränderten Energiepreisen, die zunehmend auf die Verbraucherstufe durchwirkt. Ferner dürften die Lohnabschlüsse gegenüber 2002 eher niedriger als höher ausfallen, auch weil die konjunkturelle Dynamik im In- und Ausland etwas nachlässt. Und schließlich ist nicht mit nennenswerten Anhebungen von Abgaben und indirekten Steuern zu rechnen. Die Konsumentenpreise dürften sich um etwa 1 1/2% erhöhen.

Abgeschlossen am 7. Juli 2002